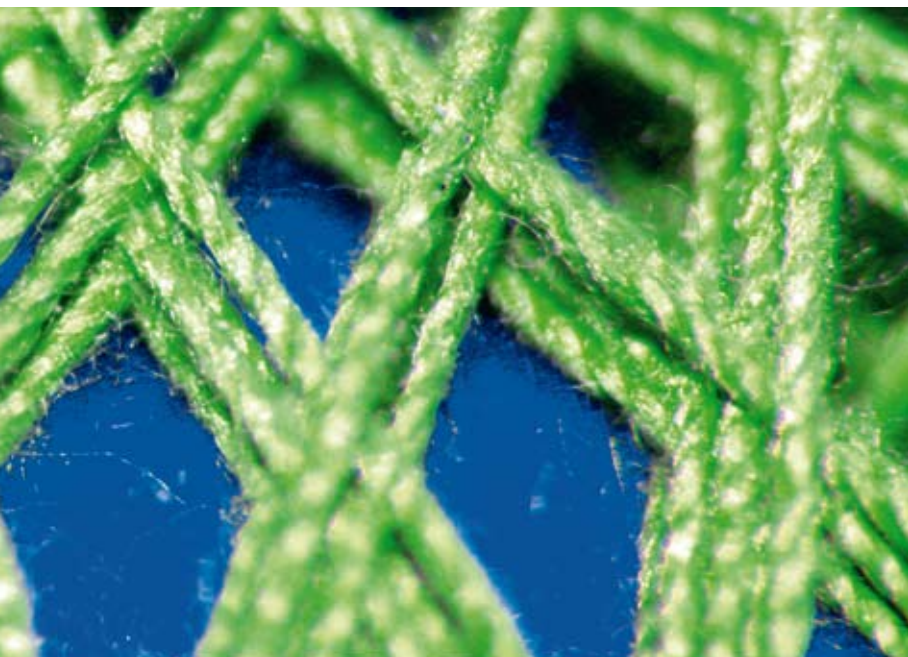


# GRÜNER FADEN DURCH DIE EUROPAPOLITIK

EUROPAGRUPPE DIE GRÜNEN IM  
EUROPÄISCHEN PARLAMENT 2004-2009



Die Grünen | Europäische Freie Allianz  
im Europäischen Parlament

# GRÜNER FADEN DURCH DIE EUROPAPOLITIK

EUROPAGRUPPE DIE GRÜNEN IM  
EUROPÄISCHEN PARLAMENT 2004-2009



Die Grünen | Europäische Freie Allianz  
im Europäischen Parlament

## ZEIT FÜR EINE BILANZ



Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freundinnen und Freunde,

vom 4. bis 7. Juni 2009 sind rund 375 Millionen Bürgerinnen und Bürger in den 27 EU-Mitgliedsstaaten aufgerufen, über die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments zu entscheiden. Es ist eine andere Europäische Union als am Wahltag vor fünf Jahren. Der Euphorie 2004 folgten auch Rückschläge, der »Reformvertrag von Lissabon« ist noch nicht in Kraft getreten. Dem Europäischen Parlament bleibt immer noch mehr Mitentscheidung in der EU verwehrt.

Und trotzdem: Die Menschen haben zu Recht große Erwartungen und positive Hoffnungen in die EU. Denn viele politische und gesellschaftliche Herausforderungen wie die aktuelle Finanzwirtschaftskrise haben gezeigt: Gemeinsame Strategien in der Europäischen Union sind erfolgversprechend. Jene, die das Bild einer EU in der Dauerkrise skizzieren, verschweigen, dass die Europäische Einigung das politische Erfolgsmodell der letzten Jahrzehnte ist, und dass gerade auch in den letzten fünf Jahren wichtige Weichenstellungen vorgenommen wurden. Es zeigte und zeigt sich, dass eben nicht egal ist, wer »in Brüssel und Straßburg« eine parlamentarische Mehrheit hat und wer nicht. Die Finanzkrise beispielsweise bestätigt unsere Grüne Forderung nach einer stärkeren Rolle des Staates und einer Regulierung der Märkte. Die kommenden Wochen und Monate werden auch für die Zukunft dieses Verhältnisses von Staat und Markt entscheidend sein.

Wir als deutsche Europagruppe DIE GRÜNEN innerhalb der Europafraktion DIE GRÜNEN/EFA haben für unsere Positionen im Parlament geworben und oftmals Mehrheiten hinter uns vereinigen können, bei einigen Punkten fanden wir uns jedoch in einer Minderheit wieder. Auch deshalb haben wir uns entschlossen, Bilanz zu ziehen.

Mit dieser Broschüre wollen wir Ihnen einen Überblick über unsere Arbeit in der Legislatur des Europäischen Parlaments von 2004-2009 geben: Was sind unsere Erfolge? Wo konnten wir unsere Vorstellungen noch nicht durchsetzen? Was hat die Grüne Fraktion auch jenseits von Beschlüssen und Resolutionen in dieser Legislatur geleistet?

Wir hoffen, durch unsere Bilanz wird unsere Arbeit verständlicher und klarer. Die Mühen des parlamentarischen Lebens haben sich jedenfalls mehr als gelohnt, denn die Zukunft unseres Kontinents wird in der EU entschieden und dabei wollen wir Grüne ein gehöriges Stück mitreden.

Für die Europagruppe DIE GRÜNEN

Rebecca Harms, MdB  
Sprecherin

- 4 Zeit für eine Bilanz**  
Vorwort
- 8 10-mal Grünes Europa für die Kommunen**  
10 Punkte, wie ein Grünes Europa den Kommunen hilft
- 10 Klima, Energie und Verkehr**  
Es kommt auf's Klima an
- 18 Ökologie, Verbraucher und Landwirtschaft**  
Der Reichtum der Natur hilft allen
- 26 Soziales, Frauen und Regionales**  
Europaweit Rechte sichern
- 35 Grüne machen Schule**  
Die Erste Europäische Grüne Sommeruniversität
- 39 Wirtschaft, Regionales und Haushalt**  
Verbraucherschutz im Binnenmarkt

- 44 Demokratie und Bürgerrechte**  
Flüchtlinge schützen – Einwanderung gestalten
- 48 Kultur und Bildung**  
Europa eine Seele geben
- 52 Europäische Union und Erweiterung**  
Die EU der 27 und ihre Zukunft
- 56 Außenpolitik, Menschenrechte und Entwicklungspolitik**  
Europas Rolle in der Einen Welt
- 64 Über Uns**  
Die Fraktion DIE GRÜNEN/EFA
- 66 Europa aus der Nähe**  
Besuchen Sie uns!
- 67 Impressum**

## 10-MAL GRÜNES EUROPA FÜR DIE KOMMUNEN

Wir Grüne machen uns in Europa für die Kommunen stark – um wichtige Rahmenbedingungen für kommunale Belange zu setzen, aber auch um die Kommunen vor übertriebener Bevormundung durch die EU zu schützen. Dass Grünen Unterschied macht, zeigen wir ganz konkret an zehn Punkten:

1. Bei der **Vergabe öffentlicher Aufträge** müssen sich die Kommunen dank uns Grünen nicht mehr allein für den kostengünstigsten Anbieter entscheiden. Sie können nun auch **ökologische, soziale und ethische Kriterien** geltend machen – für mehr Nachhaltigkeit und Sozialverträglichkeit, Klimaschutz und Geschlechtergerechtigkeit.
2. Wir wollen bei der Vergabepaxis **mehr Rechtssicherheit** schaffen. Deshalb fordern wir **EU-Leitlinien für die soziale Vergabe** analog zu den ökologischen Vergabeleitlinien. Auf die EU-Kommission üben wir weiter Druck aus, damit die Schwellenwerte für europaweite Ausschreibungen eingehalten werden.
3. In der **Daseinsvorsorge** kämpfen wir für die Anerkennung des **kommunalen Selbstverwaltungsrechts**. Die Zuständigkeit nationaler, regionaler und lokaler Behörden für so genannte „Dienste von allgemeinem Interesse“ – wie etwa Wasserversorgung, öffentlicher Personennahverkehr, Krankenhäuser oder soziale Dienste – schreibt der hoffentlich bald in Kraft tretende Vertrag von Lissabon erstmalig im **Primärrecht** fest.
4. Wir wehren **überzogene Liberalisierungswünsche** bei der Daseinsvorsorge ab. Seit langem forderten wir zusammen mit Gewerkschaften und gesellschaftlichen Akteuren eine **Rahmenrichtlinie für Dienstleistungen von allgemeinem Interesse** zum Schutz dieser Dienste vor dem europäischen Wettbewerbsrecht.

5. Durch unsere maßgebliche Beteiligung räumt die **Europäische Wasser-Rahmenrichtlinie** erstmalig dem Umweltschutz die höchste Priorität in der EU-weiten Bewirtschaftung der Gewässer ein. Den besonderen Wert des Wassers werden wir auch zukünftig schützen und gegen die Liberalisierung der Wasserwirtschaft angehen.
6. Wir verteidigen die **interkommunale Zusammenarbeit** gegen das europäische Wettbewerbsrecht, damit auch in Zukunft mehrere Gemeinden zusammen eine Kläranlage, Mülldeponie oder die Wasserversorgung betreiben können.
7. Die Daseinsvorsorge muss zeitgemäß gestaltet werden: In vielen Initiativen forderten wir daher **Breitbandanschlüsse** auch für strukturschwache und ländliche Regionen, für jede Bürgerin und jeden Bürger.
8. Wir kämpfen für den Erhalt **kommunaler Sparkassen**, denn sie garantieren einen flächendeckenden Zugang zu Finanzdienstleistungen, sind Triebfeder der regionalen Wirtschaft, kommunal angebunden und demokratisch legitimiert. Trotz Reformbedarfs kämpften wir für den Erhalt von **Gemeinwohlorientierung und Regionalprinzip** der Sparkassen.
9. Durch unser Engagement für die **EU-Umgebungslärmrichtlinie** und die **EU-Luftqualitätsrichtlinie** kämpfen wir für lebenswerte Städte und Gemeinden. Seien es Lärmbegrenzung oder Feinstaubbelastung – häufig werden diese Ziele von der überbürokratisierten Umsetzung auf nationaler Ebene torpediert. Doch auch die Kommunen profitieren, indem ihre Wirtschaftskraft als attraktive Standorte für den Tourismus gestärkt wird.
10. Wir Grüne setzen uns für die Förderung lokaler Beschäftigungsinitiativen durch die **Europäischen Strukturfonds** ein. Denn diese widmen sich Langzeitarbeitslosen, Älteren, Jugendlichen, MigrantInnen oder AsylbewerberInnen, um diese bei Arbeitsmarktvermittlung zu unterstützen.

## ES KOMMT AUF'S KLIMA AN

### ► **Alle reden vom Klimaschutz. Wir handeln.**

Die Grünen im Europäischen Parlament sind die einzige Fraktion, die sich für konsequenten Klimaschutz und zukunftsweisende Energiepolitik einsetzt. Besonders deutlich wurde das in der zweiten Hälfte dieser Legislaturperiode, als Klima- und Energiepolitik die dominierenden Themen in Brüssel waren. 2007 hatte die damalige Ratspräsidentin Angela Merkel die Klima- und Energieziele der EU bis 2020 verkündet: 20 Prozent weniger Treibhausgase (im Fall einer internationalen Vereinbarung sogar 30 Prozent), ein Anteil von 20 Prozent Erneuerbare Energien am Energiemix, 20 Prozent höhere Energieeffizienz. Als die Umsetzung dieser Ziele dann im so genannten Klimapaket in Gesetzgebung gegossen werden sollte, fochten wir Grüne einen harten politischen Kampf um die dringend notwendigen Reformen. Aber Angela Merkel und ihre Regierungskollegen sowie Mehrheiten der konservativen und große Teile der sozialdemokratischen und liberalen Fraktionen des Europäischen Parlaments haben die Gesetzesvorschläge der Kommission verwässert, ausgehöhlt und verlangsamt.

### ► **Das Klimapaket: kein großer Sprung in die Zukunft**

Im Zentrum der klimapolitischen Debatte stand der Schutz der heimischen Industrie: Statt die eigene Wirtschaft klima- und energiepolitisch auf einen zukunftsfähigen Kurs zu bringen, wird den Autoherstellern in den nächsten Jahren kaum eine Verbesserung der Fahrzeugtechnik abverlangt, fast die gesamte herstellende Industrie wird von der Versteigerung der CO<sub>2</sub>-Zertifikate befreit und der größte Teil der europäischen Emissionsminderungen kann im Ausland erbracht werden.

Nach jahrelangem Druck konnten aber auch einige alte Grüne



„Angesichts der globalen wirtschaftlichen Krise darf der Druck auf ökologische und klimafreundliche Innovation nicht aufgegeben werden. Zukunftsmärkte und zukunftsfähige Jobs werden jetzt nur geschaffen, wenn die Politik zur Bekämpfung des Hungers, der Finanzmarktkrise und des Klimawandels verbunden wird.“

*Rebecca Harms*

Forderungen in Gesetze gegossen werden: Im Emissionshandelssystem werden nun den Energieerzeugern die Zertifikate nicht mehr kostenlos zugeteilt. Außer in den neuen Mitgliedstaaten, für die es zunächst eine Ausnahmeregelung gibt, müssen sie nun vollständig versteigert werden. Mit der Richtlinie für Erneuerbare Energien ist unter Grüner Führung im Europäischen Parlament eine Richtlinie entstanden, die das schnelle Wachstum Erneuerbarer Energien in Europa garantiert. Einziger Wehrmutstropfen ist, dass das 10-Prozent-Ziel für Agrosprit nicht gekippt werden konnte.

Das Klimapaket ist nicht der große Sprung in eine zukunftsfähige, klimafreundliche Wirtschaftsweise, für die sich die Grüne stark gemacht haben. Ob das 20-20-20-Ziel so erreicht werden kann, ist zweifelhaft. Das ist nicht nur schlecht fürs Klima, sondern auch für die Zukunft der Industrie und den Arbeitsmarkt in der EU.

Wir Grüne stehen 2009 weiterhin dafür ein, dass die EU eine Führungsrolle in den internationalen Verhandlungen einnimmt und sich für ein starkes Kyoto-Nachfolgeabkommen einsetzt. Wir machen uns auch dafür stark, dass die EU das Klimaziel gemäß der wissenschaftlichen Erkenntnisse des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) erhöht. Um dies zu Hause umsetzen zu können, werden die Grünen weiter für eine Verbesserung der Gesetzgebung kämpfen.

► **Für transparente Preise und fairen Marktzugang im Energiemarkt**

Wir Grüne im Europäischen Parlament streiten seit langem für eine vollständige Entflechtung von Produktion und Netzen im Energiebereich, denn nur so gibt es transparente Preise und fairen Marktzugang für neue Erzeuger von Strom aus Erneuerbaren Energien. Grüne Beharrlichkeit hat diese Forderung im Europäischen Parlament mehrheitsfähig gemacht. Doch die Widerstände sind groß: Denn auch bei der Liberalisierung des Energiemarkts gilt das Interesse der deutschen Kanzlerin in erster Linie der deutschen Industrie – und auch hier primär den etablierten Energieriesen.

Gegen die Empfehlung der EU-Kommission und gegen eine Mehrheit im Parlament organisierte sie zusammen mit Nicolas Sarkozy eine Blockade im Rat, um die Entflechtung zu verhindern. Abgeordnete von CDU/CSU, SPD und FDP unterstützen bis heute die Blockade der Gesetzgebung. Mit Beginn des Jahres 2009 werden die Verhandlungen zwischen Parlament und Rat wieder eröffnet. Wir Grüne werden weiterhin für die Verbraucher und für Innovation kämpfen – es wird sich zeigen, ob die Bundesregierung und welche deutschen Abgeordneten weiterhin für die deutschen Energieriesen eintreten.

► **Keine Renaissance für die Atomkraft**

Die Klimadebatte lässt die Atomlobby in Brüssel Morgenluft wittern. Denn auch eine Mehrheit in der Europäischen Kommission versucht, die Mitgliedsstaaten auf eine Renaissance der Atomkraft festzulegen. Entgegen der Ankündigungen, für gemeinsame Sicherheitsstandards auf höchstem Niveau wirken zu wollen, trifft sie unverantwortliche Entscheidungen: So stimmte die Kommission dem Weiterbau von zwei Reaktoren in Mochovce (Slowakei) zu, deren Design, Planung und Genehmigung noch aus sowjetischen Zeiten stammt. Dass auch für das erdbeben-

## WEITERE INFORMATIONEN:

### Den Klimawandel aufhalten – tragt Euren Teil bei!

Wir Grüne sind überzeugt, dass die EU den weltweiten Kampf gegen den Klimawandel anführen und dringend mehr in Energieeffizienz und Erneuerbare Technologien investieren muss. Das Festhalten an Atomenergie untergräbt innovative Lösungsansätze gegen den Klimawandel.

Um den Klimawandel aufzuhalten, zählt das Engagement jedes Einzelnen. Nehmen Sie teil an unserer Mailingaktion: Schreiben Sie Umweltminister Sigmar Gabriel, dass er sich bei den UN-Klimaverhandlungen in Kopenhagen im Dezember 2009 für eine Führungsrolle der EU im Kampf gegen den Klimawandel einsetzen soll. Nutzen Sie das vorgefertigte Formular auf der Website der Kampagne. Sie finden dort außerdem einen Blog, der aktuelle Entwicklungen kommentiert, ein umfassendes Info Center mit Hintergrundinformationen, Newsletter, Videos und Veranstaltungshinweise. Tragen Sie Ihren Teil bei!

[www.stopclimatechange.net](http://www.stopclimatechange.net)



Der Verkehr ist der Schlüssel, wenn wir den Klimawandel stoppen wollen. Die Emissionen haben seit 1990 um 30 Prozent zugenommen und damit die milliarden schweren Bemühungen in anderen Bereichen mehr als aufgeessen. Ökologisch, sozial und kundenfreundlich – das ist unsere Idee von Mobilität.

Michael Cramer



gefährdete AKW Belene (Bulgarien) eine Notifizierung nach EURATOM erfolgt ist, halten wir für skandalös. Bis heute duldet die EU-Kommission, dass das Vorsorge-Prinzip im Bereich des Atommülls in den meisten Mitgliedsstaaten missachtet wird. Finanziell und technisch sind die AKW betreibenden Länder nur unzureichend oder gar nicht auf den Rückbau von Atomanlagen und die Endlagerung von radioaktiven Abfällen vorbereitet. Auch der mögliche Missbrauch von Atomtechnik zum Bau von Bomben oder zu terroristischen Zwecken wird innerhalb der EU-Kommission nicht als dringliches Problem behandelt. Flexibel ist die Kommission auch, wenn es um staatliche Beihilfen für AKW-Neubauten geht, wie sie in Finnland für zwei Drittel der Bausumme des Atomkraftwerks Olkiluoto geflossen sind.

Auf Druck der Grünen im Parlament wurde jüngst erreicht, dass Atomprojekte im Ausland nicht über flexible Mechanismen im Emissionshandel finanziert werden dürfen. Außerdem hat das Europäische Parlament entsprechend eines Grünen Vorschlags nachdrücklich eine demokratische Kontrolle der EURATOM-Aktivitäten verlangt. Wenn die Mitgliedstaaten jetzt regelmäßig über den Stand der Vorbereitung der Atommüllentsorgung berichten müssen, geht das genauso auf unsere Initiative zurück wie die Forderung der Kommission, dass Entsorgungsrückstellungen in staatlichen Fonds verwaltet werden sollen.

Trotz einzelner Erfolge ist die Auseinandersetzung um die Atomkraft nicht entschieden. Eine überzeugende Mehrheit der Bürger in den meisten EU-Ländern lehnt die Atomenergie wegen unzumutbarer Risiken ab. Wir kämpfen auch weiterhin für eine Überwindung des EURATOM-Vertrags und für den Abschluss eines Vertrags für Erneuerbare Energien, gegen eine Ausstattung der Union des Mittelmeers mit französischer Atomtechnik und für gemeinsame Erneuerbare Projekte, gegen die Deklaration von Atomkraft als »Erneuerbare« Energie und für den endgültigen Ausstieg aus der Atomkraft.

#### ► **Wer zu spät kommt, zahlt!**

Nicht zuletzt auf vehementen Druck von uns Grünen beschloss die Europäische Union 2007 endlich verbindliche Entschädigungsregelungen im Bahnverkehr. Demnach haben Fahrgäste das Recht auf eine anteilige Rückzahlung des Ticketpreises, wenn ihre Reisezeit sich wegen Zugverspätungen um mehr als eine Stunde verlängert. Auch wenn dies bisher nur für Langstrecken gilt, so gelang es gegen alle Widerstände der Bahn-Lobbyisten, den Einstieg in verbindliche Regelungen EU-weit zu schaffen.

#### ► **Europaweit einfach buchen**

Im Europäischen Parlament haben wir nicht nur für Regress-Ansprüche für Bahnkunden gesorgt, wir Grüne haben auch durchgesetzt, dass alle Bahnunternehmen eine leichte Ticketbuchung und Streckenfindung für ihre Kunden garantieren müssen. Dadurch wird Bahnfahren kundenfreundlich und transparent – gerade auch im Vergleich zum klimaschädlichen Flugverkehr.

#### ► **Mit dem Fahrrad auch im Zug unterwegs**

Wir Grüne denken Mobilität über den einzelnen Verkehrsträger hinweg. Für uns ist es daher ein Erfolg, dass es gelungen ist, den





Druck auf die Deutsche Bahn in dieser Legislatur massiv zu erhöhen, damit auch sie endlich in allen Fernzügen (inklusive ICE) die Fahrradmitnahme ermöglicht. Mit Eurostar, Thalys und TGV haben bereits drei Hochgeschwindigkeitsgesellschaften reagiert und ermöglichen die Fahrradmitnahme. Nach der Initiative des Europäischen Parlaments haben sich auch Bundestag und Bundesrat von diesem Standpunkt überzeugen lassen. Ein Erfolg, der zeigt, wie europäische Politik der einzelnen Bürgerin und dem einzelnen Bürger vor Ort hilft.

## WEITERE INFORMATIONEN:

### »Europa-Radweg Eiserner Vorhang«

Vom der Barentssee bis zum Schwarzen Meer erstreckte sich einst die Grenze, die Europa in Ost und West teilte: der Eiserner Vorhang. Mit dem »Europa-Radweg Eiserner Vorhang« (Iron Curtain Trail) wird auf 6.800 Kilometern entlang des ehemaligen Eisernen Vorhangs ein Radwanderweg geschaffen, der die Geschichte der Teilung erfahrbar macht. Dies hat das EU-Parlament auf Initiative der Grünen beschlossen. 2009 gibt es erstmals 300.000 Euro für das Projekt, das Kultur, Politik und umweltfreundlichen Tourismus miteinander verbindet.

[www.ironcurtaintrail.eu](http://www.ironcurtaintrail.eu)



## DER REICHTUM DER NATUR HILFT ALLEN

### ► **Starke Umweltpolitik ist präventive Gesundheitspolitik**

Dies ist ein Leitbild des Grünen Engagements im EP-Umweltausschuss. Wir setzten den Verwendungsstopp hochgiftiger Chemikalien in Kosmetika, Kinderspielzeug oder Medizinprodukten auf die Agenda und streiten für klare Verbote ohne Schlupflöcher. In der neuen EU-Chemikalienpolitik REACH wurde auf Initiative der Grünen das Recht auf Verbraucherinformation festgeschrieben. So kann in jedem Geschäft erfragt werden, ob ein Produkt besonders gefährliche Substanzen enthält. Die Antwort muss innerhalb von 45 Tagen folgen.

### ► **Klare Regeln für Pestizide und sichere Lebensmittel**

Ein Erfolg Grüner Durchsetzungsstärke sind die neuen EU-Zulassungsregeln für Pestizide. Der Ausstiegsbeschluss für hochgefährliche Pestizide ist weltweit einmalig und ein Meilenstein für Gesundheit und Verbrauchersicherheit. Durch unsere Initiative unterliegen Wirkstoffe, die Immun- oder Nervensystem schädigen, in Zukunft strenger Sicherheitsprüfung. Der Bienenschutz wurde wesentlich verbessert. Der Druck der Grünen Fraktion für eine Rückverfolgbarkeit bei Obst und Gemüse hat zu klaren Dokumentationskriterien und einer Studie zu einem Informationssystem zwischen Handel und Produzenten geführt. Umwelt, Verbraucher und Wirtschaft profitieren gleichermaßen von den neuen Vorschriften, sie sind eine win-win-Situation für alle.

Bei der Lebensmittelsicherheit konnten wir gegen den erbitterten Widerstand der Nahrungsmittelindustrie durchsetzen, dass nicht mehr mit vermeintlichen Gesundheitsaussagen auf Lebensmitteln geworben werden darf. Nach dreijährigem Kampf gegen die Konservativen wurde ein durchsetzungsfähiges



”

Grün wirkt!  
Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz  
setzen wir Grüne auf die Überholspur.  
*Hiltrud Breyer*

“

Gesetz verabschiedet. Es waren die Grünen, die die Risiken der Nanotechnologie in Lebensmitteln – aber nicht nur dort – auf die Tagesordnung gesetzt und vehement für nanospezifische Regeln gestritten haben. Erste Erfolge sind sichtbar bei Gesetzen zu neuartigen Lebensmitteln, Lebensmittelzusatzstoffen und Kosmetika.

### ► **Quer gestellt für saubere Luft und Wasser**

In vielen Fällen im Umweltausschuss waren die Grünen Zünglein an der Waage, um Schlimmeres zu verhindern. Bei der Revision der EU-Feinstaubgesetze versuchte eine Koalition aus Konservativen und Liberalen, die ohnehin schlecht umgesetzten Grenzwerte weiter zu schwächen. Wir konnten dies verhindern. Beim Schutz des Wassers ist es gelungen, die Verpflichtung festzuschreiben, dass der Eintrag von gefährlichen Substanzen ins Grundwasser verhindert werden muss. Auch in Zukunft kämpfen wir für eine erweiterte Liste prioritär gefährlicher Substanzen, die im Wasser nichts zu suchen haben.

### ► **Umweltkriminalität kein Bagatelldelikt mehr**

Mit dem Gesetz zur Umweltkriminalität werden zum ersten Mal in Europa Straftatbestände für Umweltvergehen festgelegt. Dies ist ein großer Erfolg, den wir maßgeblich mitgestaltet haben. Die EU-Klima- und Umweltpolitik darf nicht vorm Bodenschutz

halt machen. Gegen die Totalverweigerung der deutschen Konservativen haben wir das Bodenschutzgesetz im Europaparlament durchgeboxt, bevor es dann von den EU-Mitgliedsländern im Rat auf Eis gelegt wurde. Hier werden wir weiter Druck machen.

### ► **Grüne Agrarpolitik bleibt entscheidender Reformmotor**

Die EU-Agrarpolitik krankt noch immer an einem inakzeptablen Demokratie-Defizit. Aber beim Gesundheits-Check der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) 2008 wurde wieder einmal deutlich, dass die Grünen die treibende Kraft zur Veränderung sind – auch gegen Widerstände.

Die ökologische Konditionierung von Direktzahlungen ist zwar noch alles andere als eine Ökologisierung der Landwirtschaft. Aber der Grüne Ansatz hat sich durchgesetzt. Zwar fallen die Kappung der Direktzahlungen und die Umverteilung zugunsten bäuerlich-ökologischer Landwirtschaft und der ländlichen Entwicklung vergleichsweise bescheiden aus, doch der Trend weg von Subventionen hin zur nachhaltigen ländlichen Entwicklung ist nicht aufzuhalten. Das waren unsere Forderungen seit vielen Jahren.

Auch wenn die EU-Kommission die neuen Herausforderungen Klimawandel, biologische Vielfalt, Wassermanagement und Erneuerbare Energien benannte, fehlt ihr für Reforminitiativen der politische Wille – und dem EU-Parlament die Mitentschei-

dungsrechte. Die Folge: Die Agrarlobby sitzt oft am längeren Hebel. Agrargelder werden primär für eine weitere Industrialisierung der Landwirtschaft ausgegeben, statt für die Schaffung ökologisch wertvoller Landschaften, die Herstellung hochwertiger, natürlicher Lebensmittel oder die Schaffung von Arbeitsplätzen auf dem Land. Wir konnten ein spezielles Förderprogramm für die Erhaltung genetischer Ressourcen durchsetzen und dass der ökologische Landbau bei der Förderung der ländlichen Entwicklung besonders berücksichtigt wird. Ein Anfang ist gemacht.

### ► **Milchquoten nicht erhöhen**

Beim Milchstreik sind wir strikt gegen eine Erhöhung der Milchquote. Denn dies führt zu weiterem Preisverfall, treibt kleinere und mittlere Milchviehbetriebe in den Ruin und bringt stattdessen Molkereien noch höhere Gewinnspannen.

Wir Grüne setzen uns für bedarfsorientierte Mengensteuerung bei der Milch und für eine bäuerliche Milcherzeugung ein, die auf Grünlandfütterung basiert, statt Industrieställe auf Importfutterbasis. Außerdem wollen wir keine Überproduktion, die durch den billigen Export der EU-Produkte auf die Märkte der Dritten Welt dort regionale Märkte und landwirtschaftliche Betriebe um die Existenz bringt.

### ► **Futtermittel bleibt unter Kontrolle**

Dank unseres Engagements konnten wir erreichen, dass eine offene Deklaration aller Inhaltsstoffe bei Futtermitteln Pflicht bleiben muss. Diese war erst 2001 nach der BSE-Krise auf Initiative der Grünen eingeführt worden. Damit gilt auch weiterhin: Kennzeichnung ist Verbraucherschutz. Sie kann durch vereinfachte und dichtere Kontrollen wesentlich zu Betrugsaufklärung und Produktnachverfolgbarkeit beitragen.

» In der öffentlichen Meinung haben wir der Agrarlobby bereits das Wasser abgegraben mit besseren Argumenten – eine ökologischere und klimafreundliche Landwirtschaft zu fördern sowie Fairplay im Agrarhandel sind gesellschaftlicher Konsens. Politisch setzen wir es Schritt für Schritt durch.

*Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf*



► **Die Verbraucherinnen und Verbraucher sollen die Wahl haben**

Bereits 2003 haben wir durchgesetzt, dass die EU-Mitgliedsstaaten ihre Landwirtschaft vor Gentechnikkontaminationen schützen können. Die österreichischen Bundesländer sind auf dieser Grundlage gesetzlich komplett gentechnikfrei. Wir Grüne wollen dieses Recht auch für regionale Körperschaften durchsetzen. Zudem unterstützen wir die Bewegung der gentechnikfreien Regionen in ihrer Arbeit.

Gentechnisch veränderte Lebensmittel sind mittlerweile in der EU kennzeichnungspflichtig. Eine Lücke besteht jedoch noch: die tierischen Produkte Milch, Fleisch und Eier, die mit Hilfe gentechnisch veränderter Futtermittel hergestellt wurden. Unsere Gegeninitiativen waren in den Abstimmungen teilweise erfolgreich. Für die Umsetzung und damit die Wahlfreiheit von Verbraucherinnen und Verbrauchern kämpfen wir weiterhin.

Es ist unserer Ausdauer zu verdanken, dass das Europäische Parlament über die Gefährlichkeit von Gen-Mais wie MON863 diskutiert und die Arbeit der EU-Lebensmittelbehörde EFSA kritisch hinterfragt hat. Wir haben den Zugang zu allen Versuchsdaten des Gen-Konzerns Monsanto durchgesetzt und erfolgreich das Designer-Baby-Patent verhindert. Wir werden darauf pochen, dass unsere Überzeugung »Kein Patent auf Leben« in der Überarbeitung der EU-Biopatentrichtlinie verwirklicht wird.

## WEITERE INFORMATIONEN:

### Für eine Europäische Ernährungskultur!

Wir brauchen Essen zum Leben, für unsere Gesundheit und unser Wohlbefinden. Gutes Essen ist politisch. Daher brauchen wir eine gute Ernährungspolitik, die den Ärmsten das Recht auf Nahrung gibt, die die Nachhaltigkeit und Vielfältigkeit der AgrarKultur widerspiegelt und bei der Landwirte, Fischer und Verbraucher gemeinsam die Verantwortung für gerechte Preise und gerechten Handel tragen. Die Grünen im Europäischen Parlament wollen eine Europäische Ernährungskultur fördern: Zusammen mit Ihnen kämpfen wir für ein stärkeres öffentliches Bewusstsein, persönliches Engagement und für partizipative Demokratie, um der Ernährungspolitik in ganz Europa eine neue Richtung zu geben und sie zu verbessern. Die Website zur Kampagne Europäische Ernährungskultur bietet Nichtregierungsorganisationen und der Zivilgesellschaft eine Plattform.  
Join the food revolution.

[www.eat-better.org](http://www.eat-better.org)



# PESTIZIDE: EIN EXPLOSIVER COCKTAIL



**GRÜN KOMMT**

**FÜR GEWALTFREIE ERNÄHRUNG**

[www.eat-better.org](http://www.eat-better.org)



**Die Grünen | EFA**  
im Europäischen Parlament

NEUE REZEPTE  
FÜR EUROPA

## EUROPAWEIT RECHTE SICHERN

### ► **Arbeitszeitrichtlinie muss Mindestschutz gewähren**

Wir Grüne stehen für eine angemessene Mindestnorm bei der Arbeitszeit. Entgegen Bundesarbeitsminister Olaf Scholz und einiger seiner Kollegen im Europäischen Rat sehen wir eine Wochenarbeitszeit von 78 Stunden und mehr nicht als gesundheitsverträglich an. Bereitschaftsdienste müssen deshalb vollständig als Arbeitszeit anerkannt werden. Versuchen der Kommission, über die so genannte »inaktive Bereitschaftszeit« die Wochenarbeitszeit zu verlängern, erteilen wir eine Absage. Auch Ausnahmeklauseln für individuelle Arbeitsverträge lehnen wir ab. Spätestens drei Jahre nach Inkrafttreten der veränderten Arbeitszeitrichtlinie sollen Ausnahmen von durchschnittlich 48 Wochenarbeitsstunden nicht mehr möglich sein. Wir Grüne haben an dieser klaren Position des Europäischen Parlamentes mitgewirkt und werden sie in den Verhandlungen des Rates verteidigen. Damit würde für betroffene Berufsgruppen wie Ärzte, medizinisches Personal oder auch Betriebsfeuerwehren endlich ein schon lange erstrittenes Gerichtsurteil in eine für den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz angemessene Richtlinie gegossen werden.

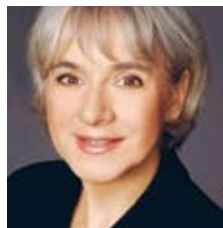
### ► **Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Platz**

Trotz der ökonomischen Fortschritte in der europäischen Integration blieb das Soziale Europa das Stiefkind der europäischen Politik. Mindeststandards im Arbeitsrecht verlangen Einstimmigkeit im Rat. Wir Grüne engagieren uns dafür, dass der Maßstab trotzdem nicht nur auf dem unteren Level angesetzt wird. Wir haben maßgeblich dazu beigetragen, dass die Europäische Betriebsräterichtlinie verbessert wurde und haben eine Richtlinie für Arbeitsbedingungen von LeiharbeiterInnen mit durchgesetzt. Danach müssen LeiharbeiterInnen vom ersten Tag an

den gleichen Lohn wie Festangestellte bekommen. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort ist für uns ein Leitprinzip.

Wir Grüne haben uns im Europäischen Parlament bereits sehr früh gegen eine Aufweichung der Gleichbehandlung von ArbeitnehmerInnen vor Ort eingesetzt, egal ob er oder sie in seinem Heimatland arbeitet oder durch ein Unternehmen in ein anderes EU-Mitgliedsland entsendet ist. Wir haben erfolgreich alle Versuche der Kommission zurückweisen können, dieses Prinzip aufzuweichen.

Allerdings konnten wir nicht verhindern, dass der Europäische Gerichtshof mit seinen Urteilen (zum Laval- und Rüffert-Fall) Sozialdumping in der Europäischen Union legitimiert hat und die sozialen Grundrechte wie Tariffreiheit und Streikrecht sowie das Recht auf gleichen Lohn in Frage stellte. Die Umdeutung bereits vorhandener EU-Mindeststandards zu Höchststandards durch den EU-Gerichtshof ist ein Frontalangriff auf das Soziale Europa. Unsere Antwort: Die Entsenderichtlinie muss so nachgebessert werden, dass das Gleichbehandlungsprinzip für Lohnzahlung und Arbeitsbedingungen sichergestellt wird. Damit könnten dann auch Vergabegesetze wieder den örtlichen Tarif vorschreiben. Wir fordern die Bundesregierung und die Landesregierungen dazu auf, bereits jetzt die vorhandenen rechtlichen Möglichkeiten, wie die Konvention Nr. 94 des Internationalen



„Wir Grüne wollen erreichen, dass der Wettbewerb um Qualität und nicht um Arbeitslöhne stattfindet und das Grundprinzip »Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Platz« für jede Arbeitnehmerin und jeden Arbeitnehmer in der EU selbstverständlich gültig ist.“  
*Elisabeth Schroedter*

Arbeitsrechtes zu nutzen, um zu verhindern, dass Firmen aus Lohndumping Wettbewerbsvorteile schlagen.

### ► **Diskriminierungsschutz für alle und ohne Unterschied**

Auf Druck der schwarz-roten Bundesregierung und der deutschen Versicherungslobby wurde die EU-weite Angleichung der Standards im Diskriminierungsschutz außerhalb des Erwerbsarbeitslebens lange verzögert – etwa bei persönlichen Merkmalen wie Alter, Behinderung, Religion und Weltanschauung sowie sexueller Orientierung. Erst aufgrund des massiven Drucks von uns Grünen legte die EU-Kommission 2008 endlich ihren Entwurf für eine Rahmenrichtlinie für die fehlenden Bereiche des Diskriminierungsschutzes vor. Diese verlangt, dass auch Menschen mit den genannten Merkmalen Schutz vor Diskriminierung beim effektiven Zugang zu Dienstleistungen und Gütern einschließlich Wohnraum, Bildung, sozialen Vergünstigungen und Sozialschutz, der sozialen Sicherheit und den Gesundheitsdiensten gewährt werden muss. Die Beweislast im Diskriminierungsfall wird zu Gunsten der Opfer verschoben. Verbände und Organisationen können diese unterstützen oder die Klage übernehmen. Allerdings bleibt der Vorschlag der Kommission für behinderte Menschen unter dem Schutzniveau, welches die UN-Konvention für behinderte Menschen von allen Unterzeichnerstaaten und der EU verlangt. Deshalb bleiben wir Grüne am

„Wir brauchen Lösungen, die von einer ganzheitlichen Sicht ausgehen und gleichzeitig an die konkrete Situation angepasst sind. Notwendig sind verpflichtende Prinzipien, wie der integrierte Ansatz oder das Partnerschaftsprinzip.“

*Gisela Kallenbach*



Ball, um die noch vorhandenen Lücken im Bildungsbereich, im Familienrecht oder bei den Zugangsmöglichkeiten für behinderte Menschen nachzubessern.

### ► **Stärkung der lokalen Ebene bei den EU-Sozialfonds**

Für unsere Fraktion DIE GRÜNEN/EFA ist es ein zentrales Anliegen, dass die Europäische Union auch lokale Initiativen und ihre Projekte fördert. Deshalb haben wir die Verordnung des Europäischen Sozialfonds (ESF) so verändert, dass nun auch lokale Beschäftigungsinitiativen und Nichtregierungsorganisationen mit innovativen Ideen gefördert werden können, so wie es bei dem beliebten Pilotprogramm EQUAL schon einmal der Fall war. Davon profitieren vor allem besonders benachteiligte Personen, die oftmals nur aufgrund des Engagements lokaler Initiativen wieder auf dem Arbeitsmarkt vermittelt werden können. Aber auch die Projekte der Initiativen, die sich für die gesellschaftliche Teilhabe von MigrantInnen und AsylbewerberInnen einsetzen, können nun mit Geldern des Europäischen Sozialfonds gefördert werden.

### ► **»Leipzig Charta« konsequent umsetzen**

Eine nachhaltige Entwicklung in Europa ist ohne das Engagement der Städte nicht machbar. In ihnen fokussieren sich Chancen und Probleme; sie wirken auf den ländlichen Raum und das unmittelbare Umland. Aufgrund ihrer Bedeutung setzen wir Grüne auf eine ausgewogene Entwicklung des Gesamtraums, bei deren Umsetzung auch die Europäische Union eine Steuerungsfunktion wahrnehmen muss. Das Europäische Parlament hat Anfang 2008 deutlich Position zur künftigen Ausgestaltung der europäischen Raumentwicklung und des territorialen Zusammenhalts bezogen und damit klare Ziele für die »Leipzig-Charta« und die »Territoriale Agenda« definiert. Dabei konnten wir Grüne erreichen, dass beispielsweise bei der Vergabe von EU-Strukturfonds-

## WEITERE INFORMATIONEN:

### Netzwerk zur Nachhaltigkeit in europäischen Städten

Die Kampagne E-POLIS, 2006 ins Leben gerufen, vernetzt europaweit lokale Nichtregierungsorganisationen, die sich für Nachhaltigkeit in Stadtstrukturen stark machen und Bürgerinnen und Bürger in lokale Entscheidungsprozesse einbeziehen. Bisher registrierte NROs decken eine weite Spannweite an Themen ab, von Aktivitäten im Bereich Umweltbewusstsein, Re-Urbanisierung und Stadtstrukturerhaltung bis hin zu Ausstellungen und kulturellem Erbe. Mithilfe einer interaktiven Webseite, die auch eine Datenbasis beinhaltet, werden Diskussion und Austausch angeregt und vorbildliche Beispiele urbaner Stadtentwicklung bekannt gemacht.

[www.e-polis.info](http://www.e-polis.info)



mitteln die verbindliche Voraussetzung eines integrierten Ansatzes vorliegen muss. Trotz aller Fortschritte der letzten Jahre und eines wachsenden Bewusstseins auf europäischer Ebene über die Bedeutung einer nachhaltigen Entwicklung des Gesamttraums der EU bleibt jedoch vor allem bei der konkreten Ausgestaltung der allgemeinen Zielvorgaben noch viel zu tun. Beispielsweise konnten wir Grüne erreichen, dass Indikatoren für einen »Wettbewerb der Nachhaltigkeit« entwickelt werden sollen, etwa den jährlichen Flächenverbrauch in der EU zu verringern.

### ► Grüne Politik für Frauenrechte und Chancengleichheit

Wir Grüne fordern eine umfassende Gleichstellung von Frauen ein und setzten frischen Wind gegen die Flaute in der EU-Frauen- und Gleichstellungspolitik. Eine Schlüsselstellung nimmt dabei das endlich eingerichtete Gender Institut ein. Wir Grüne zählen darauf, dass das Institut mehr ist als eine bloße Datensammelstelle und auch qualifiziertes Personal erhält.

Arbeitsschwerpunkt für uns war die Gleichstellung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt. Denn Missstände wie in Deutschland, wo ein Lohngefälle von 24% zwischen Frauen und Männern herrscht, sind inakzeptabel. Angeprangert haben wir auch die durchschnittlich schlechtere Bezahlung in typischen »Frauenberufen« und die Karrierebarrieren für Frauen. Durch unseren Beitrag legte das Parlament ein Konzept für einen veränderten Richtlinienvorschlag zur Überwindung des Lohngefälles von Frauen und Männern vor, der auch Sanktionen für reformunwillige Mitgliedsstaaten fordert.

Bei der internationalen Handelspolitik haben wir eine Stärkung der Frauen eingefordert, denn für uns Grüne bedeutet fairer, nachhaltiger Handel auch, dass er einen Beitrag zur Gleichstel-



lung der Geschlechter leistet. Dafür bedarf es unter anderem eines konsequenten Gender Budgeting, gerade auch auf EU-Ebene. Wir Grüne haben das norwegische Quotenmodell für Aufsichtsräte im Europaparlament mehrheitsfähig gemacht.

Frauenrechte sind Menschenrechte, universell und unteilbar. Wir kämpften für die Umsetzung der UN-Resolution 1325 zur gleichberechtigten Beteiligung von Frauen in Friedensmissionen und beim Wiederaufbau ebenso wie für die Ächtung der sexuellen Gewalt als Kriegswaffe. Vergewaltigung wurde erst kürzlich durch eine entsprechende UN-Resolution Strafbestand im Sinne eines Kriegsverbrechens. Dafür haben gerade wir Grüne lange gekämpft. Mit unserem Initiativbericht zu Frauenmorden in Lateinamerika haben wir auch hier Strafverfolgung auf die Agenda gesetzt.

Durch Grünes Engagement wurde der Startschuss für die bessere Bekämpfung des Frauen- und Mädchenhandels zum Zweck der sexuellen Ausbeutung gegeben. Priorität hat für uns der bessere Opferschutz durch eigenständiges Aufenthaltsrecht, Prävention durch Stärkung der Frauen in den Herkunftsländern, aber auch die Bestrafung von Freiern. Grüner Erfolg ist ebenso, dass sich die EU-Kommission bereit erklärt hat, die Rechtsgrundlage für eine Richtlinie zur Bekämpfung aller Formen der Gewalt gegen Frauen und Mädchen zu prüfen. Hart erkämpft war die Eigenständigkeit des EU-DAPHNE-Programms gegen Gewalt, was im Bündnis mit unzähligen Frauen aus ganz Europa gelungen ist.

Die Rechte von Migrantinnen spielen für uns eine zentrale Rolle. Kultur und Tradition sind keine Entschuldigung für Rechtsverletzungen, und bei Gewalt im Namen der Ehre oder Zwangsheirat darf nicht weggesehen werden. So waren es wir Grüne, die für

eine Mehrheit im Parlament warben, um eine europaweite Meldepflicht für Genitalverstümmelung einzuführen und für Entzug der Approbation zu sorgen, wenn Ärztinnen oder Ärzte Genitalverstümmelungen durchführen.

Mehr Aufmerksamkeit haben wir eingefordert für Geschlechtsdiskriminierung im Gesundheitswesen und für den Zusammenhang zwischen Umweltbelastung und steigenden Krankheitsraten bei Allergien und Krebs. Besonders in der Resolution zu Brustkrebs haben wir deutlich gemacht, dass für uns Prävention an erster Stelle steht und Frauen als sensible Gruppe besser vor giftigen Chemikalien geschützt werden müssen.



Groß-Demonstration in Straßburg zur Arbeitszeitrichtlinie am 16. Dezember 2008



## GRÜNE MACHEN SCHULE

### Die Erste Europäische Grüne Sommeruniversität

Wie können wir eine gemeinsame europäische grüne Identität schaffen? Diese Frage stand am Beginn der Ersten Europäischen Grünen Sommeruniversität der Grünen Fraktion vom 28. bis 31. August 2008 in Frankfurt/Oder und Stúboice.

Für vier Tage luden die Grünen zum Europa-Diskurs nach Frankfurt/Oder in die Viadrina-Universität und nach Słubice in das Collegium Polonicum ein. Diese symbolträchtigen Grenzorte spiegelten das Motto der Sommeruniversität: »Bridging the Gaps« – Gräben überwinden.

Europäische Geschichte und ihre Bedeutung für die gemeinsame Zukunft, neue Ideen gegen Althergebrachtes, waren der rote Faden der offenen und kontroversen, aber durchweg europä-enthusiastischen Diskussionen.

Vier Plenardebatten über die Verfasstheit Europas, den Klimaschutz, das Soziale Europa und über Grüne Strategien für die Zukunft Europas bildeten den Rahmen. Flankiert wurden sie von



*Daniel Cohn-Bendit moderiert die Debatte über die Zukunft Europas. Die Sprechenden (v.l.n.r.): Adam Krzeminski, Sylvie Goulard, Claus Leggewie, Gesine Schwan.*



*Die französisch-amerikanische Band »Nous Non Plus«*

46 Workshops über so gut wie alle Themen, die Grün denkende Europäer bewegen: von der neuen Antiatombewegung bis zur Zukunft Georgiens.

Doch was wäre Europa ohne seine Filme, Musik und Literatur? Vorführungen sieben internationaler Filme (z. B. »Persepolis« in Anwesenheit von Marjane Satrapi), vier Autorenlesungen (Gert Maak »Die Brücke von Istanbul«), Exkursionen und eine Party mit der französisch-amerikanischen Band »Nous Non Plus« rundeten das Programm ab.

Die Sommeruniversität zog mehr als 800 Teilnehmer an. Grüne und Grünen-Nahe, Wissenschaftler, Künstler, Manager und Studenten reisten aus 42 Ländern an, darunter alle Länder Europas

sowie aus Asien, USA, Afrika und der Nahe Osten. Und es kamen vor allem junge Menschen: Der Altersdurchschnitt lag bei 30, die meisten Besucher waren zwischen 21 und 30 Jahren. Sie alle verbrachten ein Wochenende voller politischer Diskussionen, Kultur und neuen Freundschaften.

Was bleibt unterm Strich? Es war die erste Sommeruniversität, die eine Fraktion des Europäischen Parlaments organisierte – die Grünen betraten damit Neuland. Und sie bewiesen vor allem eines: Gesamteuropäische Debattenräume sind möglich. Und wir brauchen sie, damit Europa nicht immer wieder hinter der nationalen Politikkulisse verschwindet. Eine Idee, die Schule machen kann.

Alle Informationen, Fotos und Videos:

[www.green-summer-university.eu](http://www.green-summer-university.eu)



Das Team der Ersten Europäischen Grünen Sommeruniversität

## VERBRAUCHERSCHUTZ IM BINNENMARKT

In einem gemeinsamen Binnenmarkt ist Verbraucherschutz nicht mehr allein Sache der Mitgliedstaaten, sondern muss als gemeinsame europäische Aufgabe begriffen werden. Konnte früher in einem überschaubaren und nationalen Rahmen an den Außengrenzen kontrolliert werden, zirkulieren nun einmal in den Verkehr gebrachte Produkte frei und ohne Kontrollen auf 4,324 Millionen Quadratkilometern und zwischen 490 Millionen EU-Bürgern.

Mit dem Binnenmarktpaket für Waren wurde darauf die richtige Antwort gegeben: Die Marktaufsicht wurde verschärft, Importeure müssen künftig genauso wie Hersteller nachweisen, dass ihre Produkte europäischen Standards genügen und werden konsequent zur Verantwortung gezogen, wenn sie gefährliche Produkte in die EU einführen. Wir Grüne haben uns in den Verhandlungen erfolgreich dafür eingesetzt, die an der Produktprüfung beteiligten Prüf-, Zertifizierungs- und Inspektionsstellen schärferen Kontrollen zu unterwerfen und eine Privatisierung dieser wichtigen staatlichen Aufgabe auszuschließen.

Weniger positiv war die Neufassung der Spielzeugrichtlinie: Die Grenzwerte für chemische Giftstoffe sind unzureichend und auch in Zukunft wird es keine unabhängige Überprüfung von Spielzeug geben. Selbst Hersteller, die bereits durch schadhafte Produkte aufgefallen sind, können sich die Sicherheit von Kinderspielzeug weiterhin selbst bescheinigen. Während CDU und SPD in Deutschland öffentlichkeitswirksam eine Überprüfung der Sicherheitsstandards von Spielzeug durch unabhängige Prüfinstitute forderten, haben die Koalitionsabgeordneten in Brüssel die von uns geforderte Dritt-zertifizierung abgelehnt.

Wir haben gegen die Spielzeugrichtlinie gestimmt, denn für uns Grüne ist klar: Mit der Gesundheit unserer Kinder dürfen wir nicht spielen!

### ► **Dienstleistungsrichtlinie und Daseinsvorsorge**

Dem Europäischen Parlament ist es zwar gelungen, das Herkunftslandsprinzip aus der Dienstleistungsrichtlinie zu streichen und große Teile der Daseinsvorsorge von der Richtlinie auszunehmen. Doch wir Grüne haben aus gutem Grund gegen die »Bolkestein-Richtlinie« gestimmt: Der Rat und die konservativ-liberale Parlamentsmehrheit haben sich geweigert, die sozialen Dienste eindeutig auszunehmen und soziale und arbeitsrechtlichen Standards verbindlich festzuschreiben. Die Folge sind Graubereiche und Rechtsunsicherheit sowie eine immense Bürokratie (z. B. durch die Pflicht zum kommunalen Normenscreening).

Gerade bei den Diensten der Daseinsvorsorge, vom Wasser über die Krankenversorgung bis zu den Sparkassen, stehen sich die auf Wettbewerb ausgerichteten Binnenmarktregeln der EU und die Gemeinwohlausrichtung der kommunalen Selbstverwaltung immer wieder gegenüber. Wir Grüne haben uns im Europäischen Parlament beständig dafür eingesetzt, öffentliche Dienstleistungen nicht weiter zu liberalisieren, sondern durch eine Europäische Rahmenrichtlinie einen Schutzrahmen für Dienstleistungen von allgemeinem Interesse zu definieren.

### ► **Binnenmarkt verbraucherfreundlich und sozial gestalten**

In der Europäischen Union haben sich dank Binnenmarkt und Euro die Handelsschranken geöffnet. Davon profitieren die Verbraucherinnen und Verbraucher häufig direkt, wie z. B. bei der Senkung der Preise für Handy-Gespräche im EU-Ausland durch die Roaming-Verordnung. Auch wenn der Verbraucherschutz

längst nicht – wie von uns Grünen gefordert – systematisch in alle verbraucherrelevanten Politikbereiche integriert wird, konnten in diesem Bereich doch wichtige Erfolge erzielt werden: Die Richtlinie zur gegenseitigen Anerkennung von Berufsqualifikationen macht es EU-Bürgerinnen und Bürgern leichter, im europäischen Ausland zu arbeiten. Wir Grüne haben darauf bestanden, für besonders sensible Berufe wie etwa Ärzte, Hebammen oder Architekten europaweite Mindeststandards festzulegen.

Bei der EU-Richtlinie gegen unlautere Geschäftspraktiken haben wir strenge Vorschriften durchgesetzt, um irreführende Werbung und aggressive oder betrügerische Verkaufspraktiken zu verbieten. Diese Richtlinie wurde in Deutschland von der großen Koalition leider nur unzureichend umgesetzt. Die EU-Kommission hat deswegen sogar ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet.

Auf Druck von uns Grünen und zahllosen Bürgerinnen und Bürgern, wurde endlich der grausame Handel mit Hunden- und Katzenfellen gestoppt. Vielen Verbraucherinnen und Verbrauchern war beim Kauf von Produkten wie Tierfiguren, Stofftieren, Kleidungsstücken oder Schlüsselanhängern bislang gar nicht bewusst, dass dafür Katzen und Hunde unter grauenhaften Bedingungen gehalten und getötet wurden. Das Handelsverbot gilt europaweit seit dem 1. Januar 2009.



” Der gemeinsame Binnenmarkt kennt keine Grenzen. Deshalb wollen wir Grüne überall in Europa hohe Standards beim Verbraucherschutz: Egal, ob es um komplizierte Finanzprodukte oder um Kinderspielzeug geht.  
*Heide Rühle*

“

### ► Verbraucherschutz bei Finanzdienstleistungen

Bei Finanzdienstleistungen brauchen wir eine bessere Verbraucherpolitik. Verbraucherinnen und Verbraucher haben ein Recht darauf zu erfahren, was mit ihrem Geld passiert und welche Risiken auf sie zukommen.

Bei der EU-Verbraucherkreditrichtlinie haben wir Grüne erfolgreich für eine europaweite einheitliche Berechnung des effektiven Zinssatzes, die Pflicht zur Bonitätsprüfung oder das Recht zur vorzeitigen Rückzahlung gestritten. Wir setzen uns für einen transparenten Binnenmarkt und umfassende, leicht verständliche Verbraucherinformationen ein.

Mit dem gemeinsamen Euro-Zahlungsraum SEPA (Single Euro Payments Area) werden europäische Bankgeschäfte genauso einfach wie Bankgeschäfte im Inland. Beispielsweise dauern Überweisungen auf Konten in andere europäische Länder mit der SEPA-Überweisung nicht länger als drei, ab 2012 nur noch einen Werktag.

Der Equitable Life-Skandal offenbarte die Schattenseiten eines kaum regulierten europäischen Marktes für Finanzdienstleistungen. 1,5 Millionen Anlegerinnen und Anleger verloren viel Geld durch die Misswirtschaft der britischen Versicherungsgesellschaft, viele erhielten keinen Cent Schadensersatz. Das Europäische Parlament setzte einen Untersuchungsausschuss ein, der große Versäumnisse aufdeckte. Problematisch ist, dass die Finanzaufsicht der alleinigen Zuständigkeit des Herkunftsmitgliedstaates obliegt. Dieses so genannte »Herkunftslandprinzip« hatten die Grünen immer kritisiert. Wir brauchen endlich eine europäische Banken- und Finanzaufsicht, die bei grenzüberschreitenden Finanzdienstleistungen den Banken und Versicherungen auf die Finger schaut.

### ► Waffenrichtlinie novelliert

Die Novelle der Waffenrichtlinie, durch die ein rigoroses Vorgehen gegen die Quellen illegaler Feuerwaffen sichergestellt ist ohne den legalen Waffengebrauch für Jäger und Sportschützen unnötig zu erschweren, ist ein großer Erfolg Grüner Arbeit. Entgegen der Absicht der Kommission, durch kleine Änderungen an der bestehenden Richtlinie das UN-Protokoll über den Kampf gegen illegalen Waffenhandel ratifizieren zu können, haben wir substanzielle Verbesserungen durchgesetzt: eine Stärkung der Waffenkontrolle und -verfolgbarkeit, die identifizierbare Kennzeichnung von Feuerwaffen, eine Erlaubnispflicht für den Erwerb solcher Waffen, ein Erwerbsverbot für Jugendliche unter 18 Jahren sowie eine bessere Kontrolle von Waffenhändlern.

### ► Die Grundlagen für eine Grünere EU: Der EU-Haushalt

Bei der Überprüfung des EU-Haushalts im Herbst vergangenen Jahres konnten jahrzehntealte Grüne Forderungen integriert und neue Schwerpunkte gestärkt werden: Wir kürzen Agrarausgaben und stärken die Förderung der ländlichen Entwicklung innerhalb des Agrarbudgets. Gegen den Klimawandel stellen wir Erneuerbare Energien. Wir unterstützen Forschung und Entwicklung und stärken die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, indem wir das Engagement der EU in Palästina, Kosovo und Georgien ausbauen. Die Weltfinanzkrise, der Klimawandel und die Hungerkatastrophe erfordern jedoch noch ehrgeizigere Maßnahmen. Wir Grüne setzen uns deshalb für ein EU-Budget ein, das einen umfassenden »Grünen New Deal« als Reaktion auf die parallelen Krisen ermöglicht.

## FLÜCHTLINGE SCHÜTZEN – EINWANDERUNG GESTALTEN

### ► Einwanderung sinnvoll steuern

Wir setzen uns für eine sinnvolle Steuerung der Arbeitsmigration auf europäischer Ebene ein. Die von der EU-Kommission vorgeschlagene »Blue Card« geht in die richtige Richtung, die daraus resultierenden Umsetzungspläne sind jedoch nicht weitreichend genug.

Anstatt sich als Motor für eine gesteuerte Arbeitsmigration zu sehen, hat die Mehrheit des Parlaments den EU-Ministerrat in seinen Forderungen nach Mindestqualifikation und -einkommen der BewerberInnen noch übertroffen. Für hochqualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus Nicht-EU-Ländern fehlen damit auch weiterhin Anreize für eine Beschäftigung in der EU.

Das Modell der zirkulären Migration kann in bestimmten Bereichen des Arbeitsmarktes sinnvoll sein (z. B. Saisonarbeitskräfte), als Regelfall und allgemeines Paradigma lehnen wir es jedoch ab. Die Fehler der Gastarbeiterpolitik dürfen nicht wiederholt werden. Zu einer zukunftstauglichen EU-Migrationspolitik gehört die Perspektive eines dauerhaften Aufenthaltes.

» Die EU muss im »Kampf gegen den Terror« auch die Gründe für die Entstehung und Zunahme von Terrorismus bekämpfen. Dazu gehört der selbstkritische Umgang mit den Überflügen der CIA über EU-Gebiet, außerrechtsstaatlichen Verhaftungen und möglichen geheimen Foltergefängnissen.  
*Cem Özdemir*



### ► Der Mensch steht im Zentrum des Schutzes

Wir setzen uns im Europäischen Parlament für eine menschenrechtlich orientierte Flüchtlingspolitik ein. Daher haben wir der EU-Rückführungsrichtlinie im Parlament nicht zugestimmt. Eine Abschiebehaft von bis zu 18 Monaten für Menschen ohne Aufenthaltspapiere und ein fünfjähriges Wiedereinreiseverbot lehnen wir als unverhältnismäßig ab.

Wir fordern eine gemeinsame Verantwortung aller Mitgliedsstaaten für Flüchtlinge. Gerade Deutschland muss hier endlich seine Blockadehaltung aufgeben und an einer solidarischen Verteilung und Übernahme der Kosten mitwirken. Schutzsuchende dürfen nicht in solche EU-Staaten überstellt werden, die auf inakzeptable Weise internationale Flüchtlings- und Menschenrechtsstandards nicht einhalten.

### ► Die Sicherung der EU-Außengrenzen

Der Schutz der europäischen Außengrenzen ist als eine gemeinschaftliche Aufgabe zu begreifen. Zu diesem Zweck wurde

die Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen (FRONTEX) eingerichtet. Allerdings agiert FRONTEX quasi im Halbdunkeln. Wir verlangen eine transparente und parlamentarisch kontrollierte Arbeitsweise dieser Behörde.

Wir wenden uns auch künftig entschieden gegen jede weitere Militarisierung an den Außengrenzen der EU. Auch dort müssen menschenrechtliche Standards gewährleistet sein. Auf hoher See aufgegriffene Bootsflüchtlinge müssen entsprechend der Genfer Flüchtlingskonvention Zurückweisungsschutz erhalten, bis ihre Schutzbedürftigkeit geklärt ist. Die EU muss auch im Interesse der Grenzschützer verbindliche Leitlinien über den Umgang mit Bootsflüchtlingen erarbeiten.

#### ► **Anti-Terror-Kampf rechtfertigt nicht alle Mittel**

Die Gewährleistung der inneren Sicherheit ist eine zentrale Aufgabe der Politik, die wir Grüne sehr ernst nehmen – ebenso wie die Wahrung der Bürger- und Menschenrechte.

Wir Grüne haben entscheidend im CIA-Sonderausschuss des Europäischen Parlaments an einem Bericht mitgearbeitet, der im Februar 2007 vom Parlament angenommen wurde und die Komplizenschaft von Regierungen in EU-Mitgliedsländern bei illegalen Gefangenenüberstellungen, Entführungen von Zivilpersonen und anderen CIA-Aktivitäten verdeutlicht. Damit unterstrich das Europäische Parlament, dass es eine Erodierung der Bürger- und Menschenrechte nicht hinnimmt, auch nicht im Namen des Kampfes gegen den Terror. Die Großzahl der Abgeordneten ließ sich auch nicht von Versuchen der konservativen Fraktion irritieren, die Kritik an den nationalen Regierungen abzuschwächen. Trotz CIA-Abschlussbericht sind die Fälle jedoch noch lange nicht abgeschlossen. Es gibt in einigen Ländern noch erheblichen Klärungsbedarf, auch in Deutschland.

#### ► **Datenschutz geht vor Sammelwut**

Wir wenden uns gegen die Sammelwut an persönlichen Daten durch staatliche Stellen im Namen des »Kampfes gegen den Terror«. Trotz fehlender Mitentscheidungsrechte des Europäischen Parlaments haben wir Grüne immer wieder Mehrheiten im Parlament gegen Entscheidungen des EU-Ministerrats und der EU-Kommission organisiert, um öffentlichen Druck zu erzeugen. So werden im Fluggastdatenaustausch zwischen EU und USA zu viele Einzeldaten der Passagiere an die USA geliefert, ohne dass der Datenschutz gewährleistet und die Verwendung der Daten kontrolliert wird. Den vom Ministerrat verabschiedeten EU-Rahmenbeschluss zum Datenschutz bei der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen hat das Parlament wegen völlig ungenügender Datenschutzstandards scharf kritisiert. Angesichts des Datenaustausches der Mitgliedsstaaten untereinander werden wir den Datenschutz auch weiterhin auf die Tagesordnung setzen.





## EUROPA EINE SEELE GEBEN

Europa hat viele kulturelle Seelen, aber dennoch brauchen wir auch eine europäische Kulturpolitik, die Europa eine Seele gibt. Die Europäische Union besitzt im Bereich Kultur nur auf der Ebene der europäischen Kooperation und des europäischen Mehrwerts Kompetenzen. Hauptziel dabei ist, die Vielfalt und das Gemeinsame in der Vielfalt zu verteidigen, zu pflegen und auszubauen. Das Kulturprogramm spielt dabei eine wichtige Rolle; es ist Europas wichtigstes Instrument zur Unterstützung von grenzübergreifender kultureller Zusammenarbeit in Europa. Wir Grüne haben für mehr Geld für Kulturausgaben auf europäischer Ebene gestritten und kämpfen weiterhin für eine Anhebung dieses Etats. Die Bemühungen zeigen Erfolg: Für den Zeitraum 2007-2013 beträgt das zugehörige Budget 400 Millionen Euro, also mehr als sein Vorgängerprogramm »Kultur 2000«, auch wenn uns das noch nicht reicht.

Drei Ziele stehen für uns im Mittelpunkt einer Kulturpolitik auf europäischer Ebene: Mobilität von KünstlerInnen, Mobilität von Kulturgütern und der interkulturelle Dialog. Mit »Artist Mobility« und »EuroGlobe« haben wir in zwei wichtigen Feldern Projekte etabliert, die die Rahmenbedingungen für Künstlerinnen und Künstler verbessern beziehungsweise neue Plattformen für den interkulturellen Austausch darstellen.

### ► Für ein neues Miteinander in der EU

Die Vielfalt der Europäischen Union ist kein Selbstläufer, bedarf nicht nur finanzieller Mittel, sondern auch eines Leitbildes zur Orientierung. Für uns Grüne muss dies lauten: Ich garantiere Dir, dass Du jede Religion ausüben kannst, die Du willst, und Du garantierst mir umgekehrt, dass ich sie kritisieren darf.



„Wir müssen Europa eine Seele geben. Die Menschen werden sich nicht in den Binnenmarkt verlieben. Deshalb brauchen wir mehr kulturellen Austausch und die Förderung der kulturellen Vielfalt auf europäischer Ebene.“  
*Helga Trüpel*

Ein solches Verständnis von doppelter Religionsfreiheit, zur und von der Religion, sollte eine neue Basis des Selbstverständnisses europäischer Gesellschaften werden.

### ► Kultur hat immer einen Doppelcharakter

Kunst und Kultur haben immer einen Doppelcharakter, sie sind Träger von Sinn und Bedeutung und sie sind Waren. Dennoch sind sie immer mehr als wirtschaftliche Güter und müssen deshalb besonders geschützt werden.

Das ist auch der Geist der UNESCO Konvention zur kulturellen Vielfalt. Innerhalb des europäischen Binnenmarkts und auf internationaler Ebene müssen Kunst und Kultur als öffentliche Güter behandelt werden. Wir wehren uns deswegen gegen die immer wiederkehrenden Versuche von Konservativen und Liberalen, Kunst und Kultur den Regelungen der EU-Wettbewerbspolitik zu unterwerfen.

### ► Medienvielfalt stärken

Rundfunkfrequenzen betrachten wir Grüne als öffentliches Gut, das nicht frei gehandelt werden darf. Bei den Verhandlungen der EU-Richtlinien für audiovisuelle Medien und Telekommunikationsleistungen spielte für unsere Fraktion die Stärkung der Medienvielfalt und -qualität eine wichtige Rolle. Dies ist Kern unseres mediopolitischen Selbstverständnisses und die Grundlage einer

lebendigen Demokratie. Wir konnten uns im Kulturausschuss des Europäischen Parlaments im Bereich Fernsehen und Radio durchsetzen: Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat auch im digitalen Zeitalter eine Zukunft. Rundfunk wird weiterhin als öffentliches Gut betrachtet, das es vor rein wirtschaftlichen Interessen zu schützen gilt. Im Interesse einer vielfältigen europäischen Medienlandschaft verbleibt die Vergabe der Rundfunkfrequenzen in den Händen der Mitgliedsstaaten und wird nicht dem Markt unterworfen.

### ► Für eine Bildungspolitik mit hohem Stellenwert

Bildung ist wesentlich für die individuelle Entfaltung des Einzelnen und für dessen kulturelle, wirtschaftliche und soziale Teilhabe. Auch vor dem Hintergrund der Lissabon-Strategie muss der Bildungspolitik ein hoher Stellenwert eingeräumt werden. Denn sie entscheidet in der Europäischen Union über die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft, den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft und das Zusammenwachsen der Mitgliedstaaten. Ihr muss daher eine weitaus höhere Aufmerksamkeit geschenkt werden, als dies bisher der Fall war. Auch wenn die EU bisher kaum Entscheidungskompetenzen in diesem Bereich hat, so fördert sie schon heute durch die Bildungsprogramme »Erasmus« und »Erasmus Mundus« die Mobilität von Studierenden, Lehrenden und Forschern.

Wir Grüne unterstützen im Europäischen Parlament die Ausweitung dieser Programme, denn Internationalisierung ist ein Reformschrittmacher für die Entwicklung und Modernisierung des Bildungswesens. Die europäischen Hochschulen müssen sich im internationalen Wettbewerb um die besten Köpfe bewähren. Bis 2010 soll endlich ein gemeinsamer europäischer Hochschulraum geschaffen werden, um eine bessere Nutzung des vorhandenen Wissenspotentials zu ermöglichen.



## DIE EU DER 27 UND IHRE ZUKUNFT

### ► Reformen der EU zu Ende führen

Bereits 2004 hat das Europäische Parlament mit überwältigender Mehrheit die »Europäische Verfassung« ratifiziert. Leider scheiterte diese im folgenden Jahr am »Nein« Frankreichs und der Niederlande. Auch der »Reformvertrag von Lissabon«, konnte noch nicht in Kraft treten.

Wir Grüne stehen zu den beschlossenen Reformen der Europäischen Union. Der Ratifizierungsprozess des Reformvertrags muss zu Ende geführt werden, denn er ist alternativlos. Die EU braucht endlich eine rechtsverbindliche Grundrechtecharta, mehr Mitbestimmung des Europäischen Parlaments und Transparenz bei den Sitzungen der Minister und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten in Brüssel. Dies alles leistet der Reformvertrag, ebenso wie die Möglichkeit europaweiter Bürgerbegehren, durch die die Bürgerinnen und Bürger der EU sich erstmals direkt in das Geschehen in Brüssel einmischen können.

### ► Grüner Einsatz für ein Europäisches Referendum

Wir Grüne haben uns schon vor 2004 für eine Ratifizierung der Europäischen Verfassung durch die Bürgerinnen und Bürger aller EU-Mitgliedsstaaten am gleichen Tag und in einem europaweiten

» Auch wenn der Lissaboner Vertrag ratifiziert wird, ist es notwendig, dass es zu einer Neugründung Europas kommt. Dann müssen wir wieder die Inhalte, Politiken und Verfahren der EU in einem verfassungähnlichen Text zusammenfassen und dann in einem europäischen Volksentscheid die Richtung festlegen.

Daniel Cohn-Bendit



Referendum eingesetzt. Nur so hätte eine europäische Debatte über dieses Grundlagenwerk stattfinden können. Doch leider lehnte eine Mehrheit aus Konservativen, Sozialdemokraten und Liberalen im Europäischen Parlament unseren Vorschlag ab.

Am Ende eines – hoffentlich erfolgreichen – Ratifizierungsprozesses gilt es aber auch, Bilanz zu ziehen und aus den gescheiterten Anläufen zu lernen. Dazu gehört, dass ein Vertragswerk wie eine Verfassung nicht wie auf einem Basar ver- und gehandelt werden darf, um am Ende einen Text aus dem Hut zu zaubern, der weder kurz noch verständlich ist.

### ► Die EU darf nicht an ihren heutigen Grenzen aufhören

Die Grünen haben sich vehement für den Fortgang des EU-Erweiterungsprozesses eingesetzt. Er ist die effektivste Demokratisierung der Nachbarländer, eine Garantie für einen höheren Lebensstandard und nicht zuletzt das größte Umweltprogramm der Welt. Maßstab für alle potenziellen Beitrittskandidaten sind die für alle gleichermaßen geltenden Kopenhagener Kriterien. »Rabatte« wie im Falle von Rumänien und Bulgarien darf es nicht mehr geben.

Wir setzen uns für einen raschen Beitritt Kroatiens zur EU sowie für die wichtigen Kandidatenländer Mazedonien und Türkei ein. Im Auswärtigen Ausschuss des Parlaments haben gerade wir Grüne dafür gesorgt, dass Ländern mit realistischen Beitrittchancen eine EU-Perspektive nicht verwehrt wird.

### ► Eine EU-Perspektive für den Westbalkan

Wir wollen die Länder des Westbalkans auf ihrem langen Weg in die EU begleiten. Nach Jahren des Bürgerkrieges, als Menschen- und Bürgerrechte mit Füßen getreten wurden, Verbrechen und Hass blühten, ist eine EU-Perspektive für die Menschen dieser

Region eine Chance, ihr Leben spürbar zu verbessern. Die Grünen haben sich erfolgreich dafür eingesetzt, mehr Reisefreiheit für Bürgerinnen und Bürger dieser Staaten durchzusetzen und die Zivilgesellschaft zu stärken, indem wir NGOs und politische Bewegungen unterstützen. Maßstab für die Vergabe von EU-Fördergeldern ist für uns, ob diese zur Aussöhnung der ehemaligen Kriegsregion beitragen bzw. Investitionen in eine nachhaltige Energie- und Wirtschaftspolitik darstellen.



Das Europäische Parlament stimmt für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei, Straßburg 15. Dezember 2004

### ► Die Türkei gehört in die EU

Die Türkei ist bereits heute ein wichtiger Handelspartner und hat entscheidende außenpolitische Bedeutung für die EU. Vor allem in der Nahost- und Kaukasuspolitik hat das Land mehrfach gezeigt, welchen maßgeblichen Beitrag es zur Konfliktverhütung und -lösung leisten kann.

Dennoch haben wir Grüne die Türkei immer dann kritisiert, wenn sie in ihren Reformbemühungen nachgelassen hat oder die Menschenrechte im Land verletzt wurden. Die Kurdenfrage ist ebenso wenig gelöst wie das angespannte Nachbarschaftsverhältnis mit Armenien. Religiöse und ethnische Minderheiten leben noch immer nicht frei von Diskriminierungen. Auch bei der Meinungsfreiheit sind große Mängel sichtbar.

Unser erklärtes Ziel ist, die Demokratie und die Reformer in dem Land durch eine klare EU-Beitrittsperspektive zu stärken. Die EU-Staaten müssen der Türkei glaubhaft vermitteln, dass das Land für sie kein innenpolitischer Spielball ist, sondern dieselben Beitrittskriterien gelten wie für alle anderen.

### ► Transparente Regeln für die Arbeit im Europäischen Parlament

Wir Grüne setzen uns für die größtmögliche Offenheit und Verantwortlichkeit in den EU-Institutionen ein. Das gilt auch für die Beschäftigungsverhältnisse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Europaabgeordneten. Jahrelang hat der Europäische Rat Regelungen verhindert, die allen Mitarbeitern die nötigen Arbeitsschutzrechte garantieren. Erst nach massivem Druck, unter anderem der Grünen Fraktion, wurden Ende 2008 endlich verbindliche und transparente Regeln beschlossen.

## EUROPAS ROLLE IN DER EINEN WELT

### ► **Zivile Konfliktprävention und Friedensarbeit**

Die Grünen setzen sich in der Europäischen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik für eine klare Priorität von Krisenprävention und Friedensarbeit ein. So konnten dank Grünen Drucks einige entscheidende Fortschritte verwirklicht werden:

Bei den Verhandlungen zum Stabilitätsinstrument wurde von uns Grünen der Vorschlag zur Peacebuilding Partnership (Friedensschaffende Partnerschaft) eingebracht und angenommen. Die Peacebuilding Partnership forciert den Aufbau eines Netzwerks von spezialisierten europäischen Nicht-Regierungsorganisationen und deren enge Zusammenarbeit mit der Kommission in den Kernbereichen Frühwarnung, Konfliktprävention, Friedensarbeit und Konfliktnachsorge sowie den Aufbau einer operativen Einheit in der Kommission zur Unterstützung bei der Entsendung von zivilen Kräften.

Damit sind wir in der zivilen Konfliktprävention auf europäischer Ebene einen großen Schritt voran gekommen. Grundlegendes Ziel bleibt jedoch die Weiterentwicklung der Peacebuilding Partnership hin zu einem Europäischen Zivilen Friedenskorp (EZFK), das sich mit der professionellen Ausbildung von Beobachtern, Vermittlern und Spezialisten in der Friedensarbeit/Konfliktlösung befasst.

„ Mit der Einführung des Stabilitätsinstruments ist es uns gelungen, nicht nur die zivile Interventionsfähigkeit der EU entscheidend zu stärken, sondern auch dem Parlament Kontrolle über die nicht-militärischen Teile der europäischen Sicherheitspolitik zu geben.

Angelika Beer



Entscheidender Vorteil: Das EZFK kann in Krisen und Konflikten frühzeitig und umfassend agieren, bevor militärische Gewalt eskaliert. Bis zur vollständigen Umsetzung des EZFK sind weitere Reformen notwendig – wir Grünen machen uns dafür stark.

### ► **Abrüstung und Rüstungskontrolle weiter vorantreiben**

Wir Grüne möchten die Europäische Union zu einem internationalen Anwalt für Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung von Kernwaffen machen. Nicht zuletzt aufgrund Grünen Engagements konnten bereits eine Reihe von Initiativen durchgesetzt werden, die die EU zu einem wichtigen Akteur in der Durch- und Umsetzung von Abrüstungsabkommen macht. Bei der Uranmunition, der Ächtung von Streubomben und Landminen sowie bei der strikten Reduzierung des Rüstungsexportes konnten wir Grüne immer wieder geschlossene Mehrheiten im Europäischen Parlament gewinnen. Ebenso führen wir die Entscheidung des Rates, den Verhaltenskodex für Rüstungsexporte endlich zu einem verbindlichen Instrument zu machen, auf den jahrelang aufrechterhaltenen Grünen Druck zurück.

### ► **Echte Partnerschaft in der Zentralasienstrategie schaffen**

Unter Grüner Federführung wurde erstmals ein Bericht zur EU-Zentralasienstrategie im Europäischen Parlament eingebracht, die unter deutscher Ratspräsidentschaft initiiert worden war. Wir konnten dabei eine große Mehrheit des Europäischen Parlaments hinter unsere Grünen Forderungen bringen: So müssen energiepolitische und wirtschaftliche Interessen der EU in der Region in einem ausgewogenen Verhältnis zur Menschenrechtspolitik der zentralasiatischen Staaten stehen. Die Europäische Union muss ein klares Signal senden, dass schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen ernsthafte Konsequenzen zur Folge haben. Für die Beziehungen zu den zentralasiatischen Staaten muss ein breiter

zivilgesellschaftlicher Unterbau entwickelt werden, der für eine nachhaltige Demokratisierung unverzichtbar ist. Auch Natur- und Umweltschutz müssen als Grundbausteine der Partnerschaft zwischen EU und den zentralasiatischen Staaten verankert werden. Ökologische Katastrophen wie die Austrocknung des Aralsees müssen verhindert werden – auch dafür muss die EU im Rahmen der Zentralasienstrategie Verantwortung übernehmen. Die Europäische Union hat mehr zu bieten als Abhängigkeit und Ausbeutung – und genau hier liegt die Chance der EU. Wir Grüne sehen ein großes Potenzial für eine echte Partnerschaft: Ein Gesamtpaket aus wirtschaftlicher und demokratischer Entwicklung sowie kulturellem und wissenschaftlichem Austausch, mit einem Schwerpunkt auf Umweltschutz und zivilgesellschaftlicher Entwicklung. Unser Wunsch nach einer politisch stabilen und von Demokratie geprägten Region kann nur erreicht werden, wenn die dort lebenden Menschen ihre Grundbedürfnisse befriedigen können und sie Zugang zu Bildung, medizinischer Versorgung, Arbeit und einer intakten Umwelt erhalten.

#### ► **Mit Europäischer Nachbarschaftspolitik Entwicklung fördern**

Die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) ist ein wirkungsvolles Instrument, um Menschenrechte, Zivilgesellschaft sowie ökologische und soziale Standards in den der EU angrenzenden Ländern gezielt zu fördern. Alle Aktionspläne, die mit Partnerländern vereinbart wurden, enthalten Auflagen zur Achtung von Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie. Manchmal werden diese jedoch allzu leicht zugunsten wirtschaftlicher oder energiepolitischer Interessen beiseite geschoben.

Wir Grüne sind die stetigen Mahner, die sich dafür einsetzen, dass grobe Menschenrechtsverletzungen nicht ohne Folgen bleiben, dass starke regionale Strukturen aufgebaut und EU-Projekte



”

Freiheit und Menschenrechte sind universell und unteilbar – man muss jeden Tag für mehr Demokratie kämpfen.  
*Milan Horáček*

“

nachhaltig gestaltet werden. So wurde beispielsweise auf Grünes Betreiben in einer Studie untersucht, welche Einflüsse die Einrichtung einer Freihandelszone Mittelmeer auf die Umwelt und die Sozialstruktur hat. Gerade bei der Union für das Mittelmeer und bei der Union für das Schwarzmeer sind ökologische Standards für Industrie und Fischerei von enormer Bedeutung.

Es ist uns wichtig, unsere Nachbarstaaten als gleichwertige Partner zu verstehen und den Kontakt der Menschen der einzelnen Länder untereinander zu fördern. Wir Grüne haben uns erfolgreich dafür stark gemacht, dass auch die drei Länder des Südkaukasus, Georgien, Aserbaidschan und Armenien, Teil der Europäischen Nachbarschaftspolitik wurden.

#### ► **Menschenrechte als Querschnittsthema verankern**

Wir Grüne stehen dafür, dass die Achtung der Menschenrechte grundlegender Baustein jeder Beziehung zu Drittstaaten der EU ist. Das Europäische Parlament richtete 2004 erstmalig einen Unterausschuss für Menschenrechte (DROI) ein – auch aufgrund der intensiven Arbeit der Grünen Fraktion in diesem Bereich. Leider ist es in dieser Legislatur nicht gelungen, den Unterausschuss für Menschenrechte zu einem Hauptausschuss aufzuwerten. Wir werden weiterhin dafür kämpfen.

## WEITERE INFORMATIONEN:

### Olympische Rechte für menschliche Spiele

Menschenrechte dürfen während der Olympischen Spiele in Peking nicht in den Hintergrund treten geraten. Mit der Kampagne zur Menschenrechtssituation in China vor und während der Olympischen Spiele setzte die Fraktion DIE Grünen/EFA das Thema tagtäglich auf die Agenda. In einem Blog wurden aktuelle Menschenrechtsverletzungen beschrieben und verurteilt, beispielsweise indem an jedem Tag der Olympischen Spiele eine »Medaille der Freiheit« an einen politischen Gefangenen in China verliehen wurde.

[www.olympicrights.org](http://www.olympicrights.org)



Olympic rights  
for human games

- ▶ **Europäisches Instrument für Demokratie und Menschenrechte**  
Ein großer Erfolg der Grünen ist der Erhalt und die Stärkung des Europäischen Instruments für Demokratie und Menschenrechte (EIDHR). Es bringt erhebliche Verbesserungen, beispielsweise mehr Flexibilität bei der Unterstützung der Zivilgesellschaft durch Nicht-Regierungsorganisationen, mehr Schutz für Menschenrechtsaktivisten und effektivere Wahlbeobachtungsverfahren.
- ▶ **Internationale Menschenrechtspolitik**  
Die Olympischen Spiele wurden von der Grünen Fraktion zum Anlass genommen, erneut die Missachtung der Menschenrechte generell und in Tibet im Besonderen öffentlich anzuprangern und China unter Druck zu setzen. Durch intensive Arbeit (Konferenz, eigene Website, Internetblog etc.) gelang es, eine breite internationale Aufmerksamkeit zu generieren und die Proteste in den Mitgliedsstaaten zu unterstützen.
- ▶ **Sacharow-Preis für geistige Freiheit**  
Den Grünen ist es in dieser Legislatur-Periode gelungen, sowohl den chinesischen Menschenrechtsaktivisten Hu Jia als auch den sudanesischen Menschenrechtsanwalt Salih Mahmoud Osman erfolgreich für den Sacharow-Preis zu nominieren. Dieser jährliche Menschenrechtspreis des EU-Parlaments ist nach dem Friedensnobelpreisträger Andrej Sacharow benannt.

” Doch Entwicklung fördern heißt mehr als Geld bereitstellen: Die EU muss endlich aufhören, durch ihre Handelspolitik die Früchte ihrer eigenen Entwicklungszusammenarbeit zunichte zu machen.

*Frithjof Schmidt*

“



### ► Faire Entwicklungschancen sichern

Faire Entwicklungschancen für Alle kann es nur geben, wenn Armutsbekämpfung und Hilfe zur Entwicklung mit einer Veränderung der EU-Handelspolitik verbunden werden. An diesem Grundsatz haben wir uns orientiert.

Die Reform der Entwicklungshilfe der EU-Kommission ist zwischen 2005 und 2007 mit Grüner Beteiligung intensiv verhandelt worden. Auch wenn es noch vieles zu kritisieren und zu verbessern gibt, konnte erreicht werden, dass die EU mehr, bessere und stärker armutsorientierte Entwicklungshilfe vergibt. In der Handelspolitik, die wichtige Rahmenbedingungen für Entwicklung setzt, haben wir uns für gerechtere Nord-Süd-Beziehungen engagiert. Im Zentrum stand dabei der Kampf gegen ungerechte und schlecht konzipierte Freihandelsabkommen, besonders mit den Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifiks – eine Auseinandersetzung, die andauert. Mit unserem Bericht zum Fairen Handel konnten wir erreichen, dass das Parlament erstmals präzise bestimmt hat, was den Fairen Handel auszeichnet und mit starker Mehrheit seine Unterstützung durch die EU gefordert hat. Der Bericht führte zu einem fair-handelsfreundlichen Präzedenz-Urteil im öffentlichen Vergaberecht. Auch einen neuen EU-Haushaltstitel konnten wir durchsetzen.

Mit einem Bericht über die Ausbeutung der Ressourcen »Fisch« und »Holz« in Westafrika durch die EU konnten wir Grüne zeigen, wie unsere Wirtschaftspolitik die Situation der Menschen vor Ort verschlimmert und Migration nach Westeuropa anheizt. Auf unseren Druck hin hat die Kommission einen Vorschlag zur Bekämpfung von illegalem Holzschlag vorgelegt, den wir noch erheblich verbessern konnten. Auch der von uns geforderte Reformprozess der Europäischen Fischereipolitik hin zu ökologischerer und nachhaltiger Fischerei ist in Gang gesetzt. Einige Fischereiabkommen mit außereuropäischen Ländern orientieren sich nun bereits stärker an Entwicklungszielen.

Mehr Transparenz und Kontrolle sowie die Beteiligung der betroffenen Bevölkerung bei der Ausbeutung von Rohstoffen in Entwicklungsländern bildeten einen weiteren Schwerpunkt Grüner Initiativen, die zu einem Engagement der EU in wichtigen internationalen Prozessen wie Kimberley (Diamanten) und FLEGT (Holz) geführt hat.





## ÜBER UNS – DIE GRÜNEN/EFA



Die Fraktion DIE GRÜNEN/EFA im Europäischen Parlament setzt sich aktuell aus 43 Abgeordneten aus 14 Ländern zusammen. Damit ist sie die fünftstärkste Fraktion des Parlaments und repräsentiert die Europäische Grüne Partei und ihre Mitgliedsparteien. 13 Abgeordnete kommen aus Deutschland.

Wir Grüne sind die einzige Fraktion im Europäischen Parlament, deren Fraktionsvorsitz aus einer Doppelspitze besteht, von denen mindestens eine Person eine Frau ist. Ko-Vorsitzende sind aktuell Daniel Cohn-Bendit, der für Deutschland in das Parlament gewählt wurde, und Monica Frassoni aus Italien. Beide Vorsitzenden verkörpern den transnationalen Ansatz der Grünen in Europa: Der in Deutschland geborene Daniel Cohn-Bendit hatte bereits für die Französischen Grünen für das Europaparlament kandidiert. Monica Frassoni wurde in der vorhergehenden Legislatur als italienische Staatsbürgerin auf der Liste der belgischen Grünen Partei Ecolo aufgestellt.

Die deutschen Grünen Abgeordneten bilden die größte nationale Delegation innerhalb der Fraktion DIE GRÜNEN/EFA. Als Europagruppe DIE GRÜNEN repräsentieren sie BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN innerhalb von Fraktion und Europaparlament. Sprecherin der Gruppe ist Rebecca Harms, Abgeordnete aus Niedersachsen. Ihre Vertreterin ist Helga Trüpel aus Bremen.

Seit 1999 bilden die Grünen eine gemeinsame Fraktion mit der Europäischen Freien Allianz, einem Zusammenschluss von Regionalisten und demokratischen Nationalisten, die gegenwärtig mit sechs Abgeordneten vertreten sind.

Die Grünen zogen 1984 erstmals in das Europäische Parlament ein. Grundüberzeugungen, für die wir Grüne auch auf europäischer Ebene einstehen und kämpfen, sind Klima- und Umweltschutz, Frieden und soziale Konfliktprävention, ein Soziales Europa, gerechte Globalisierung und nachhaltige Wirtschaftspolitik sowie die internationale Anerkennung der Menschenrechte.

Wir Grüne sind davon überzeugt, dass die Europäische Union trotz aller Schwächen eines der größten politischen Erfolgsprojekte ist. Nicht zuletzt dank ihr gelang es nach dem Fall des Eisernen Vorhangs die Revolutionen in Osteuropa in eine friedliche Vereinigung des europäischen Kontinents münden zu lassen, die sich auch in der Größe der erweiterten Europäischen Union mit bereits 27 Mitgliedsstaaten ausdrückt. Ohne die EU gibt es keine Antworten auf die dringlichsten Fragen unserer Zeit, seien es Klimawandel, Umweltschutz, Migration oder die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise. Diese Herausforderungen können nur grenzüberschreitend und gemeinsam gelöst werden. Die Grünen arbeiten daher wie keine andere Fraktion an gemeinsamen europaweiten Lösungen jenseits nationaler Konfliktlinien.



## EUROPA AUS DER NÄHE: BESUCHEN SIE UNS!

### ► Die Europagruppe DIE GRÜNEN im Netz

Auf unserer Homepage [www.gruene-europa.de](http://www.gruene-europa.de) finden Sie eine Fülle von Informationen zu unserer Arbeit im Europäischen Parlament, wie thematische Schwerpunkte, aktuelle Pressemitteilungen oder die Plenums-Vorschau. Zu den Brüssler Büros der Abgeordneten wie auch zu den Regionalbüros in Deutschland sind Kontaktmöglichkeiten aufgelistet.

Bleiben Sie auf dem Laufenden mit dem RSS-Feed, unserem monatlichen Newsletter oder den Videos der Europagruppe auf [www.youtube.com/europagruene](http://www.youtube.com/europagruene).

### ► Besuchen Sie das Parlament in Straßburg und Brüssel

EinzelbesucherInnen und Kleingruppen können während der Sitzungstage in Brüssel oder Straßburg an der Parlamentssitzung sowie auch in Brüssel an sitzungsfreien Tagen an einer Audio-Führung durch das Parlament teilnehmen. Informieren Sie sich bitte vorab beim Besucherdienst des Europäischen Parlaments, da die Kapazitäten begrenzt sind (siehe Kasten).

Auch eine (Teil-) Finanzierung Ihres Besuchs im Parlament ist möglich: Die Abgeordneten können während der Sitzungszeit größere Besuchergruppen nach Brüssel und Straßburg einladen. Für ein gewisses Kontingent an Besuchern kann ein Pro-Kopf-Zuschuss zu den Reisekosten beantragt werden kann, der jedoch nicht kostendeckend sein muss. Bitte beachten Sie: JedeR Abgeordnete erhält durchschnittlich etwa zehnmal so viele Anfragen, wie er/sie in seinem/ihrem Kontingent zur Verfügung hat.

Ausführlichere Informationen finden Sie unter: [www.gruene-europa.de](http://www.gruene-europa.de) im Bereich Service.

## WEITERE INFORMATIONEN:

Besucherdienst des Europäischen Parlaments

in Brüssel: +32 (0)2 28 - 421 11

in Straßburg: +33 (0) 3 88 1 - 751 84

[www.europarl.europa.eu](http://www.europarl.europa.eu)

## IMPRESSUM

Fraktion DIE GRÜNEN/EFA –  
Europagruppe DIE GRÜNEN  
im Europäischen Parlament  
ASP 08 G 306  
Rue Wiertz 60  
B-1047 Brüssel/Belgien

[www.gruene-europa.de](http://www.gruene-europa.de)  
[info@gruene-europa.de](mailto:info@gruene-europa.de)

Redaktion: Daniela Ortlauf

Gestaltung: KOMPAKTMEDIEN –  
Die Kommunikationsbereiter GmbH

Druck: Bloch & Co GmbH, Berlin

Stand: Januar 2009

Fotos:

Umschlag: [photocase.com/bad2boo](http://photocase.com/bad2boo), Seite 16: [photocase.com/carlitos](http://photocase.com/carlitos),  
Seite 45: [photocase.com/.acy](http://photocase.com/.acy), Seite 47: [photocase.com/complize](http://photocase.com/complize),  
Seite 51: [photocase.com/sandralette](http://photocase.com/sandralette), Seite 63: [photocase.com/mys](http://photocase.com/mys),  
andere: Fraktion DIE GRÜNEN/EFA – Europagruppe DIE GRÜNEN

[WWW.GRUENE-EUROPA.DE](http://WWW.GRUENE-EUROPA.DE)

